



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

Deutscher Bibliotheksverband Berlin
c/o Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin
Breite Straße 30-36
10178 Berlin

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN
Fon: 030 - 4692-140
Fax: 030 - 4692-166
anett.seltz@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222
www.spd.berlin

Berlin, 26. Juni 2021

Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

Sehr geehrte Frau Hoff,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm. Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Fragen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die beigefügten Antworten bieten Ihnen einen Überblick über die Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD zur Förderung und Entwicklung der Berliner Bibliotheken.

Das gesamte Wahlprogramm finden Sie unter:

https://spd.berlin/media/2021/07/SPDB_Wahlprogramm_lang_online.pdf

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

Lina Najmi

Inhalt

Wahlprüfstein 1: Rechtliche Absicherung der Berliner Bibliotheken	3
Wahlprüfstein 2: Entwicklung der Berliner Öffentlichen Bibliotheken.....	3
Wahlprüfstein 3: Neubau der Zentral- und Landesbibliothek Berlin.....	5
Wahlprüfstein 4: Open Access.....	5

Wahlprüfstein 1: Rechtliche Absicherung der Berliner Bibliotheken

- Wird Ihre Partei einen Antrag zur Schaffung eines Berliner Bibliotheksgesetzes einbringen oder einem solchen Antrag zustimmen?
- Stimmen Sie den Forderungen der Enquetekommission zu und wollen Sie die durch die Öffentlichen Bibliotheken erbrachten Basisleistungen zur Pflichtaufgabe erklären?
- Welche konkreten Leistungen und Standards sollte aus Ihrer Sicht ein solches Bibliotheksgesetz, auch in Abstimmung mit dem Bibliotheksentwicklungsplan Berlin, beinhalten?

Ja. Die Berliner SPD will die Bibliotheken stärken und weiterentwickeln. Sie sollen noch deutlicher **Treffpunkte der Stadtgesellschaft** werden, an denen **digital** und **analog** gearbeitet und debattiert werden kann. Um der Dynamik gesellschaftlicher Entwicklungen zu entsprechen, müssen die Standards, Aufgaben und Leistungsversprechen der Berliner Bibliotheken kontinuierlich weiterentwickelt werden. In dieser Hinsicht ist die Bibliotheksentwicklungsplanung für die Berliner SPD eine Daueraufgabe, die einen entsprechenden rechtlichen Rahmen erfordert. Bereits auf unserem Landesparteitag am 30. März 2019 haben wir einstimmig beschlossen, ein **Bibliotheksgesetz für das Land Berlin** auf den Weg zu bringen. Darin wollen wir folgende Standards festlegen:

- ☐ Bibliotheken sind als Orte der Bildung, der Begegnung und des Austausches zu definieren und zu entwickeln. Dazu sind Standards für Aufgaben und Leistungen festzulegen sowie **innovative Nutzungskonzepte** für neue Formen der Begegnung und Kooperationen zu ermöglichen bzw. zu optimieren, u.a. Kooperationen mit Volkshochschule, Musikschule, Schulen, Kitas und Akteuren der Gesellschaft.
- ☐ Die **Unterhaltung öffentlicher Bibliotheken als kommunale Pflichtaufgabe** definieren und damit qua Gesetz eine **verbindliche und nachhaltige Regelung der Finanzierung** herbeizuführen.
- ☐ **Fachgerechte und ausreichende Personalausstattung** der Bibliotheken.
- ☐ Die Sicherstellung der **Implementierung von neuen Technologien** und Programmen.
- ☐ **Mindeststandards basierend auf dem neuen SIKO-Indikator**, der in Anlehnung an einen empfohlenen Medienbedarf von 2,5 Medieneinheiten je Einwohner einen maximalen Flächenbedarf von 750 qm je 10.000 Einwohnern festlegt.
- ☐ Sukzessive **Anpassung der Medienausstattung** öffentlicher Bibliotheken an die empfohlene Zielgröße.
- ☐ Festlegung einer **nutzer:innenfreundlichen Mindestwochenöffnungszeit** öffentlicher Bibliotheken.
- ☐ **Anpassung der Parameter der Kostenleistungsrechnung** an das aktuelle Bibliotheksleben.
- ☐ **Entgeltfreiheit** für die Nutzung öffentlicher Bibliotheksdienste **bis zum Alter von 19 Jahren**.
- ☐ Einrichtung einer **Stelle zur ressortübergreifenden Planungskoordination** mit Fokus auf kultureller Bildung in den Bezirken im Amt für Kultur und Weiterbildung.
- ☐ Klare Festlegung der Entwicklung und Erstellung von **Bibliotheksentwicklungsplänen**.
- ☐ Zügiger **Ausbau digitaler Angebote**.

Wahlprüfstein 2: Entwicklung der Berliner Öffentlichen Bibliotheken

- **Strebt Ihre Partei die Realisierung dieser Ziele an? In welchem Zeitraum sollten diese erreicht werden?**

Bibliotheken sind nach wie vor die am stärksten besuchten Kultur- und Bildungseinrichtungen Berlins. Um diese Orte zu schützen haben wir ein partizipatives Verfahren zur Erarbeitung eines gesamtstädtischen Bibliotheksentwicklungskonzepts eingeleitet. Die Ergebnisse bilden nun die

fachlich fundierte Maßnahmenplanung für die kommenden Jahre. Ziel des Berliner Bibliothekskonzepts ist es, Standards in den Bereichen Personal, Technik, Finanzen und Räume zu erarbeiten, wobei die gewachsenen Strukturen in den Bezirken, aber auch Schnittstellen zu Schul- und Forschungsbibliotheken berücksichtigt werden sollen. Als treibende Kraft hinter diesem beispielgebenden partizipativen Entwicklungsprojekt wird sich die Berliner SPD in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die im Rahmenkonzept gesetzten Ziele zügig umgesetzt werden.

▪ **Welches dieser Ziele hat für Sie die höchste Priorität?**

Die im Rahmenkonzept definierten fünf Finanzierungsmaßnahmen sind das Ergebnis eines intensiven Abwägungsprozesses, dessen Hauptziel ein **zukunftsfähiger öffentlicher Bibliotheksverbund** ist, der der Kulturhauptstadt Berlin entspricht und dem Auftrag **der kulturellen Daseinsvorsorge** des Landes gerecht wird. Die empfohlenen Finanzierungsmaßnahmen sind deshalb so konzipiert, dass sie mit unterschiedlichen Teilvorhaben und auf unterschiedliche Weise wirkungsvoll sind und der Zweistufigkeit der Berliner Verwaltung entsprechen. Insofern sind die fünf Maßnahmen mit gleicher Priorität voranzutreiben. Besonders hervorzuheben ist hier die **Aufstockung der Grundfinanzierung der ZLB**: Wir wollen, dass die ZLB neue Formate in Sachen Kulturproduktion, Wissenstransfer und Partizipation erproben und sich mit den Einrichtungen des Stadtteils austauschen. Damit die ZLB diese Aufgaben erfüllen kann, werden wir sie mit auskömmlichen Personal- und Sachmitteln ausstatten.

Kultur ist so stark, wie sie lokal verankert ist. Die SPD räumt dem kulturellen Angebot in den Bezirken eine starke Rolle ein. Es ist unser sozialdemokratisches Anliegen, dass alle Berliner:innen in **allen Bezirken gleichwertigen Zugang zu vielfältigen attraktiven Bibliotheksangeboten** bekommen. Hierfür leisten die bezirklichen Bibliotheken unverzichtbare Arbeit und sind für eine flächendeckende kulturelle Versorgung und zur Förderung kultureller Bildung von besonderer Bedeutung. Deshalb ist die **Erhöhung der bezirklichen Grundfinanzierung** ein weiterer Aspekt, der den Berliner Sozialdemokrat:innen besonders am Herzen liegt.

▪ **Sehen Sie die Notwendigkeit, auch unter schwieriger werdenden Bedingungen durch die pandemiebedingten Auswirkungen auf den Landeshaushalt Ressourcen für die bezirklichen Stadtbibliotheken und die Zentral- und Landesbibliothek Berlin bereitzustellen, und wie würden Sie sicherstellen, dass diese nicht im Rahmen der Globalhaushalte der Bezirke zweckentfremdet verwendet werden können?**

Ja. Das Berliner öffentliche Bibliotheksnetz ist in den letzten 30 Jahren infolge von Streichungspolitiken und zahlreichen Bibliotheksschließungen geschwächt. Die Berliner SPD hat sich daher zum Ziel gesetzt, öffentliche Bibliotheken – sowie soziokulturelle Zentren in den Bezirken – als dringend benötigte „Dritte Orte“ in den Kiezen finanziell und personell zu stärken. Das Rahmenkonzept sieht für finanzielle Aufstockungen Zweckbindung vor. Daran wird sich die Berliner SPD halten. Mit Blick auf die angespannte Krisensituation nach der Pandemie stellen wir in unserem Landeswahlprogramm klar: Mit der Berliner SPD wird es kein „Heraussparen“ aus der Krise geben. Unsere Antwort auf diese Herausforderung ist stattdessen eine **Kulturoffensive**, die eine Anschubfinanzierung über einen Sonderfonds bereitstellt, um zusätzliche Kulturangebote in Bibliotheken, freien Bühnen, Kurstätten und anderen Kulturräumen zu ermöglichen – dies gilt auch für den Bereich der kulturellen Bildung.

Wahlprüfstein 3: Neubau der Zentral- und Landesbibliothek Berlin

- Setzen Sie sich dafür ein, dass der Neubau der Zentral- und Landesbibliothek Berlin als Erweiterung der Amerika-Gedenkbibliothek am Blücherplatz geplant und realisiert wird?
- ... und der Baubeginn für dieses Vorhaben 2026 Wirklichkeit werden kann?

Ja. Die Berliner SPD hat sich in dieser Legislaturperiode für den Umzug der Zentral- und Landesbibliothek und dem Neubau eines neuen Bibliotheksstandorts am Standort der Amerika-Gedenkbibliothek erfolgreich eingesetzt und hierfür finanzielle Mittel von ca. 350 Mio. Euro vorgesehen. Es bleibt unser Ziel, dass die Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) nach ihrem Umzug an den Standort der Amerika-Gedenkbibliothek ihre Rolle als **Metropolenbibliothek** wahrnimmt. Wir wollen, dass sie neue Formate in Sachen Kulturproduktion, Wissensvermittlung und Teilhabe ausprobiert und sich über die Erkenntnisse mit den bezirklichen Einrichtungen austauscht. Auch deshalb werden wir mit Nachdruck daran arbeiten, dass die Erweiterung zügig gelingt und das gesetzte Ziel für den Neubaustart 2026 erreicht wird.

Wahlprüfstein 4: Open Access

- Mit Blick auf Verlage, alternative Publikationsmöglichkeiten und diverse Publikationsformate ist eine langfristige, nachhaltige und faire Finanzierungsstruktur nötig. Wo sehen Sie Möglichkeiten, die Hochschulen bei der Open-Access-Transformation strukturell und finanziell zu unterstützen?
- Wie soll die Entwicklung und Einführung von Anerkennungsmechanismen für Open-Science Praktiken bei der Bewertung von Forschungsleistungen und der Forschungsevaluation in den Einrichtungen gefördert werden?
- Wichtige und bislang wenig bearbeitete Themen sind die Speicherung sowie der Zugang zu künstlerischen Forschungsdaten. Hier spielen Materialspezifik und Verwertungsrechte eine zentrale Rolle. Wie kann hier eine aktive Stärkung sowie finanzielle Förderung aussehen?

Zunächst einmal hat die Berliner SPD die Entwicklung und Stärkung des Wissenschaftsstandorts Berlin in dieser Legislaturperiode zur Chefsache gemacht. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Berliner Wissenschaftseinrichtungen in ihrem Digitalisierungsprozess und ihrer Rolle als **Träger des Wissenstransfers in die Stadtgesellschaft** zu stärken. Mit dem Erfolgsmodell Berliner Hochschulverträge wurden die Hochschulen massiv gestärkt. Ihre finanzielle Ausstattung wird insgesamt um fast 650 Millionen Euro erhöht. Gleichwohl streben als Berliner SPD ein Wissenschaftsmodell für Berlin an, das wissenschaftliche Erkenntnisse über die Hochschulen hinaus in die Stadtgesellschaft transferiert. Denn unsere sozialdemokratische Wissenschaftspolitik erhebt den Anspruch, allen Bürger:innen den Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen zu ermöglichen, unabhängig von Herkunft, Bildung, sozialer Lage und finanziellen Mitteln. Unsere Vision einer **offenen Wissenschaftskultur für Berlin** zeichnet sich durch Transparenz, Durchlässigkeit und die Fähigkeit aus, Wissen in die Stadtgesellschaft zu transferieren und neue Forschungsansätze außerhalb der wissenschaftlichen Community aufzugreifen. Vor diesem Hintergrund treten wir uns in unserem Wahlprogramm für die Prinzipien von **Open Science** und **Citizen Science** ein, die unseres Erachtens nach Hand in Hand gehen und nur mit einer **Open-Access-Transformation**, eingebettet in eine Digitalisierungsoffensive für die Berliner Wissenschaftsstruktur, erreicht werden können. So haben wir für die **Digitalisierungsoffensive** im Rahmen der laufenden Hochschulverträge 28 Millionen Euro bereitgestellt. Darüber hinaus haben wir im Jahr 2020 die Digitalisierungsförderung weiter ausgebaut, das **Sofortprogramm „VirtualCampusBerlin“** ins Leben gerufen und Berliner Hochschulen weitere 10 Millionen Euro für den Ausbau ihrer digitalen Lehr- und Prüfungsformate zur Verfügung gestellt. Die Investitionen sollen in zusätzliche IT-Infrastruktur fließen, wie etwa neue Server, Videokonferenz-

Anlagen und Softwarelizenzen, und die Digitalisierungsinitiativen der Berliner Hochschulen auch für die Zukunft nachhaltig stärken.

All dies schafft den richtigen Rahmen für eine solide und nachhaltige Open-Access-Transformation für Berlin. Hier haben wir bereits 2015 **Open-Access-Strategie für Berlin** auf den Weg gebracht – zusätzlich zu den Open-Access-Strategien der einzelnen Hochschulen. Mit der Errichtung vom **Open-Access-Büro** im Jahr 2016 haben wir erstmals eine zentrale Anlaufstelle etabliert, die die Berliner Hochschulen bei der Umsetzung ihrer Open-Access-Strategien unterstützt. Perspektivisch wollen wir das Open-Access-Büro zu einem **Open-Science-Büro** weiterentwickeln. Berlin bleibt damit auf diesem Gebiet bundesweit Vorreiter. Die Berliner SPD will auf diesem Erfolg aufbauen und diese Strukturen weiterhin stärken - besonders finanziell. Wir werden daher prüfen, inwieweit diese Maßnahmen gebündelt in den Mitteln der Qualitätsoffensive verankert werden können. Ein weiterer zentraler Baustein der Open-Access-Strategie ist für uns die **hochschulübergreifende Vernetzung**. Hier setzt die Berlin University Alliance einen beispielgebenden Rahmen, um die verschiedenen Strategien der Hochschulen aufeinander abzustimmen und Synergien zu schaffen. Um die Strategiefähigkeit der Hochschulen in diesem Bereich zu stärken, sind nebenfinanziellen und strukturellen Aspekten die personelle Ausstattung und die Sicherstellung eines gut ausgebildeten IT-Personals unabdingbar.

Um Praktiken der Open Science in den konventionellen Wissenschaftsstrukturen zu verankern, müssen diese entsprechend im aktuellen Anerkennungssystem in der Wissenschaft berücksichtigt werden. Derzeit konzentrieren sich die Metriken wissenschaftlicher Evaluationen auf innerwissenschaftliche Kriterien wie beispielsweise monodisziplinäre Zitierketten. Aufgabe der Politik als wichtiger Fördergeber ist es dabei, das Prinzip der **Open Science stärker als Qualitätskriterium** für zu fördernde wissenschaftliche Projekte zu etablieren und bei der Vergabe öffentlicher Forschungsaufträge zu berücksichtigen.

- **Welche Strategie verfolgen Sie hinsichtlich konkreter, landesspezifischer Maßnahmen zum Management, zur Langzeitarchivierung und zur Open-Access-Veröffentlichung von Forschungsdaten, um mit länderspezifischen, nationalen und internationalen Entwicklungen und Herausforderungen Schritt zu halten?**

Die Pandemie hat ein Schlaglicht auf die Bedeutung digitaler Kulturinfrastrukturen geworfen und neue Wege der Kulturvermittlung aufgezeigt. Digitale Angebote bieten der Berliner Kultur einen weiteren Raum für Produktion, Präsentation, Dokumentation und Recherche, was sich auch daran zeigt, dass Archive mit größerem Anteil an Digitalisaten erweiterte Nutzungsoptionen bieten. Darüber hinaus setzt sich die Berliner SPD für die Stärkung moderner und digitaler Lösungen in allen Bereichen der Daseinsvorsorge ein, einschließlich im Bereich der **kulturellen Daseinsfürsorge**. Die Beschleunigung des **Breitband-Infrastrukturausbaus**, der Zugang zur **5G-Infrastruktur** und die **Gründung eines Berliner Infrastrukturbetriebs** bieten die Grundlage dafür, dass sich unsere Berliner Kulturlandschaft einer modernen digitalen Infrastruktur bedient. Kooperationen des Landesarchivs zur digitalen Archivierung und andere öffentlich geförderte Projekte sollen verstärkt voneinander profitieren. Berliner Archive sollen weiter mit der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK) zusammenarbeiten und auch die länderübergreifende Arbeit an einer europäischen Medienplattform bereichern, sodass mehr digitale Inhalte für alle Europäer:innen zugänglich werden. Darüber hinaus treten wir in unserem Landeswahlprogramm für eine **Digitalisierungsoffensive in allen Berliner Verwaltungsstrukturen** ein. Hiervon wird beispielsweise auch das Landesarchiv Berlin profitieren. Zur Umsetzung unserer Digitalisierungsstrategie werden wir ein **Kompetenzzentrum für Open Source beim landeseigenen IT-Dienstleister ITDZ** einrichten, um die Weiterentwicklung freier

Software zu unterstützen. Das langfristige Ziel ist, dass alle öffentlichen Einrichtungen in Berlin **Open-Source-Software** nutzen und diese unter freier Lizenz allen zur Verfügung steht.

- **Wie kann eine Diskussion über die Werte von offener Wissenschaft (wie Diversität, strukturelle Gleichheit, Nachhaltigkeit, Inklusion) in Berlin bestärkt werden?**

Eine interessante Entwicklung während der Pandemie war die große Zunahme von Open-Access-Publikationen und der verstärkte Austausch transnationaler Forschungsdaten. Wissenschaft und Forschung sind essenziell zur Lösung sowohl der großen internationalen Zukunftsfragen sowie der zentralen **Fragen der wachsenden Stadt** Berlin. Ohne Wissenschaft und Forschung werden wir weder die regionalen Probleme z.B. des Verkehrs und der Energieversorgung oder des sozialen Zusammenhalts noch die globalen Probleme der Friedenssicherung oder des Klimawandels lösen können. Digitalisierung und Automatisierung, KI und Welthandel, Inklusion und Gleichstellung brauchen Wissenschaft. Berlin hat durch die Dichte und Vielfalt an Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen ein unglaubliches Potenzial an ersichtlicher Qualität, das wir in den kommenden zehn Jahren gezielt weiter auszubauen werden. Dies wird nur gelingen, wenn wir weiterhin für eine **offene, kritische und unabhängige Wissenschaft** sorgen, die sich (stadt-)gesellschaftlichen Veränderungen und Debatten stellt. Hier hat das Land Berlin unter Führung der SPD bereits **politische Instrumente entwickelt**, wie beispielsweise die **Hochschulverträge**, die sich bewährt haben und weiterhin eine zentrale Rolle in der wissenschaftspolitischen Gestaltung spielen sollten. So sind Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen öffentliche Institutionen, die in einem Spannungsverhältnis zwischen Autonomie von Wissenschaft und Forschung einerseits und den **gesellschaftlichen Bedarfen und gesellschaftlicher Verantwortung** andererseits stehen. Sozialdemokratische Wissenschafts- und Forschungspolitik greift entsprechend gestaltend ein, ohne die Autonomie von Wissenschaft und Forschung einzuschränken.

Um alle Berliner:innen in diesen Aushandlungsprozess wissenschaftlicher Werte einzubeziehen, braucht es eine solide und **zugängliche Wissenschaftskommunikation**. Nicht nur intern, sondern vor allem mit allen Teilen der Gesellschaft. Dazu gehört Wege zu finden, um Wissenschaft zugänglich und nahbar zu machen, etwa durch freie Eintritte für Museen und Dialogformate zum Austausch zwischen Wissenschaftsinstitutionen und Stadtgesellschaft. Wissenschaft muss als **Citizen Science** auch in Zusammenarbeit mit den Bürger:innen der Stadt Raum finden, wie dies am neuen Wissenschaftscampus für Natur und Gesellschaft stattfindet.

Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen müssen **Orte der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung** bleiben. Dazu gehören die freie Meinungsäußerung sowie der freie Zugang zu Räumen für politische Veranstaltungen z.B. für politische Kongresse an den Berliner Hochschulen. Für die Kommunikation mit der Stadtgesellschaft und die Debatte über gegenwärtige und zukünftige Fragestellungen braucht die Wissenschaft nicht nur Schaufenster, sondern Räume in allen Teilen der Stadt. Diese gilt es zu identifizieren, für das Land und die Wissenschaft zu sichern und tragfähige Konzepte mit den Partner:innen zu entwickeln.

Wissenschaft muss **Akzeptanz** schaffen und wissenschaftliche Ergebnisse aller Disziplinen sollen Eingang finden sowohl in politisches, wirtschaftliches und Alltagshandeln. Inter- und transdisziplinäre Forschungsverbünde müssen gefördert werden und gesellschaftlichen Entwicklungen sowie Fragestellungen beispielsweise durch die Etablierung von **Black Studies**, **Bioethik** und Stärkung **pluraler Ökonomik** sowie **Künstlicher Intelligenz** oder **Wasserstofftechnologie**.

Wissenschaft muss begeistern, um **Nachwuchs** zu finden, nicht nur für akademische Berufe, sondern auch für wissenschaftsunterstützende Berufe z.B. Laborassistenten u.v.a. Für diese Prozesse werden

sowohl Räume benötigt sowie Strukturen, die diese Kommunikation organisieren. Schüler:innenlabore, Schüler:innenuni sind Angebote, die junge Menschen für verschiedenste Disziplinen begeistern sollen. Dies ist besonders für die jungen Menschen wichtig, die diese Zugänge nicht über das Elternhaus vermittelt bekommen können.